

EMPFEHLUNGEN DES PROJEKTES

LESBISCH*.SICHTBAR.BERLIN

zur Maßnahmenentwicklung zur Förderung lesbischer* Sichtbarkeiten in Berlin



Die Empfehlungen wurden 2019 und erstes Quartal 2020 aus Einzelgesprächen mit Projekten und Einzelakteur*innen, Initiativen, publikumsoffenen Podiumsdiskussionen, Fachgesprächen sowie einer Community-Umfrage mit ca. 800 Teilnehmenden entwickelt oder aufgenommen. Der Empfehlungskatalog wird fortlaufend 2020 weiter geführt und um weitere Ergebnisse ergänzt.

Stand dieser Ausgabe ist Mai 2020.

Projektleitung: Stephanie Kuhnen

Kontakt: s.kuhnen@rut-berlin.de

Redaktion: Stephanie Kuhnen

Lektorat: Dr. Babette Reicherdt

www.lesbisch-sichtbar.berlin

Das Projekt Lesbisch*Sichtbar.Berlin wird gefördert von:



Die Empfehlungen zu Maßnahmen zur Erhöhung und Förderung „lesbischer Sichtbarkeit“ orientieren sich an den Schlüsselfaktoren für „Unsichtbarkeiten“ bzw. „Abwesenheiten“ lesbischer Frauen in Zivilgesellschaft und LSBTTIQ*-Community.

Das Projekt Lesbisch*.Sichtbar.Berlin. ...

... ist ein seit 2018 von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung gefördertes Projekt des RuT e.V.

Das Strukturprojekt erfragt und analysiert die Bedarfe und Schlüsselfelder rund um das Thema „lesbische Sichtbarkeit“ und entwickelt im Austausch mit einem Fachbeirat, in Kooperationen, mit Expert*innen sowie mit der LSBTTIQ*-Community direkt Maßnahmen und Strategien für mehr lesbische Sichtbarkeit(en) im Sinne von Teilhabe und Anerkennung.

Das Projekt regt aktiv Vernetzung an und initiiert ein regelmäßiges, öffentliches Dialogforum nach einem erarbeiteten Schwerpunktthema zusammen mit Expert*innen und Delegierten aus Projekten und Initiativen, Aktivist*innen und Menschen, die sich den unterschiedlichen LSBTTIQ*-Communitys zugehörig fühlen. Zudem bemüht sich das Projekt um Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch und leistet Öffentlichkeitsarbeit in Veranstaltungen, Fachrunden, Community-Events und Presse zu lesbischen Sichtbarkeit(en) sowie vertiefenden Themen. Zudem ist es ein Anliegen des Projektes, Solidarität und gegenseitige Unterstützung zu anderen von Diskriminierungen betroffenen Gruppen zu stärken und Dialoge auch proaktiv aufzunehmen.

Lesbisch*Sichtbar.Berlin in der Trägerschaft des RuT – Offene Initiative lesbischer Frauen e.V.

RuT e.V. steht ein für lesbische Sichtbarkeit und Teilhabe ...

... und ist ein vor 30 Jahren aus der feministischen autonomen Frauen/Lesbenbewegung heraus entwickelter Treffpunkt, Beratungs- und Veranstaltungsort für lesbische, frauenliebende, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche und queere Frauen.

Ein großer Teil unserer Angebote richtet sich besonders an ältere und behinderte Lesben*.

Grundsätzlich ist das RuT jedoch für alle Frauen offen, denn solidarische Vielfalt und generationsverbindendes Miteinander sind zentrale Ziele unserer Arbeit. Die Kernthemen des RuT sind Alter, Behinderung, Inklusion, Wohnen und lesbische Sichtbarkeit.

Drei unserer prominentesten Projekte sind derzeit das inklusive Lesbenwohnprojekt und Kulturzentrum „RuT-FrauenKultur&Wohnen“, „Inklusive LSBTTIQ* Infrastruktur“ und der Besuchsdienst „Zeit für Dich“.

Mit unterschiedlichen Beratungs- und Bildungsangeboten, Freizeitaktivitäten und vielen verschiedenen künstlerischen und politischen Veranstaltungen tragen wir zusätzlich bei zur Sensibilisierung für lesbische Lebensweisen in der Neuköllner Nachbarschaft, Zivilgesellschaft und LSBTTIQ*-Community. Anlässlich der COVID-19-Pandemie gründete das RuT zusätzlich eine ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe.

Mehr über die Arbeit, Veranstaltungen, den Verein und die Projekte des RuT auf:

www.rut-berlin.de

Was ist „Lesbische Sichtbarkeit“?

Keine Person ist tatsächlich unsichtbar. Menschen werden beabsichtigt oder unabsichtlich „übersehen“. Oder sie können sich in Gesellschaft und Lebensumfeld nicht zu erkennen geben, da sie Diskriminierungen oder auch Gewalt fürchten müssen. Lesben* werden in vielen Bereichen marginalisiert oder den Interessen größerer Gruppen untergeordnet. Das kann so weit gehen, dass ihnen die Existenz oder das Recht auf Selbstvertretung abgesprochen wird. Eine positiv bewertete Sichtbarkeit ist jedoch Grundlage für eine Berücksichtigung in Gesetzgebungen, in der medizinischen und sozialen Versorgung, am Arbeitsplatz oder in der Schule, im Sozialleben und anderen Bereichen. Es braucht Sichtbarkeit, um produktiv die eigenen Interessen formulieren und vertreten zu können.

Lesben* sind nicht einfach eine Minderheit in einer Minderheit. Schätzungsweise leben über 80.000 Lesben* in Berlin, mehr als schwule Männer. Circa 86 % aller Regenbogenfamilien bestehen aus lesbischen Eltern. Deutschland hat europaweit die meisten Lesben*projekte. In Berlin erhalten die wenigen, die es noch gibt, circa 6 % der Förderungen für LSBTTIQ* aus Steuermitteln. Lesben* sind überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen.

Das Problem der „lesbischen Un/Sichtbarkeit“ begründet sich traditionell und strukturell in der Mehrfachzugehörigkeit zu mindestens zwei von weitgehend unterschiedlichen Diskriminierungen betroffenen Gruppen, der der Frauen und der Homosexuellen. In beiden Gruppen sind Lesben* oft nur mitgemeint, aber unzureichend in ihren eigenen Besonderheiten berücksichtigt. Dies führt zu Teilhabeausschlüssen und teilweise auch innerhalb dieser Gruppen zu einer eigenen Diskriminierungserfahrung: der Lesbenfeindlichkeit. Oft sind Rückzug, Isolation und Einsamkeit die Folge von lesbenfeindlicher Diskriminierung.

Wenn wir also mehr lesbische Sichtbarkeit(en) fordern und herstellen wollen, so geht es um Teilhabe, Anerkennung, Wertschätzung und Solidarität. Gegenwärtig arbeiten sowohl Frauen- als auch LSBTTIQ*-Vertretungen in Strukturen, die bisher Unsichtbarkeiten und Marginalisierungen von Lesben* in Zivilgesellschaft und LSBTTIQ*-Communitys (mit)produziert haben.

Es reicht also nicht, in vorhandene Abläufe kurzfristig lesbische Personen zu addieren, oftmals gibt es dafür nicht ausreichend Ressourcen, sondern die Strukturen selbst müssen verändert und gerechter werden. Daran arbeiten wir.

Lesbische* Sichtbarkeiten brauchen unter anderem:

- ein intersektionales Verständnis von Sichtbarkeit
- Sicherheit und Diskriminierungsfreiheit in allen Lebensbereichen
- Stärkung vorhandener und sich gründender L*Gruppen und Regenbogenfamilien
- Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur
- eine deutliche Abgrenzung zu Rechtspopulismus und Antifeminismus
- generationsverbindende Zusammenarbeit
- Vernetzung, Dialog und Konfliktmanagement
- Wissensvermittlung und Wissensproduktion
- solidarische Verbündete und Communitys
- Selbstvertretung in allen relevanten politischen und kulturellen Themenfeldern
- auskömmliche Finanzierungen und Ehrenamtsförderung
- Empirie und umfassende Bedarfsermittlung

Was ist konkret gemeint mit „Lesbischer Sichtbarkeit“?

Sichtbarkeit ist grundsätzlich eine soziale Tatsache. Sie entsteht beabsichtigt, wie beispielsweise durch ein Coming-out oder unfreiwillig durch ein Outing. Sichtbarkeit entsteht auch durch das Abweichen von einer Norm. Unter Umständen kann eine Sichtbarkeit auch lebensbedrohlich sein oder eine Person oder Personengruppe, die schutzlos ist oder wenig Rückhalt in einer sozialen oder institutionellen Umgebung erfährt, vulnerabel für Mobbing und Gewalt machen. Ziel dieser Gewaltformen ist es, eine Sichtbarkeit zu verhindern oder eine Abwesenheit herzustellen. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen „Unsichtbarkeit“ und „Abwesenheit“. Etwa, wenn der Umstand, dass 86 %, also die überwiegende Mehrheit aller Regenbogenfamilien lesbische Familien sind, politisch und sozial unbeachtet bleibt. In diesem Fall sind schwule Familien mit nur vier Prozent nicht nur eine Minderheit, sondern bereits eine Ausnahme. Gesprochen wird jedoch von Regenbogenfamilien, als bestünde mindestens ein hälftiges Zahlenverhältnis. Hierbei bleiben soziale Unterschiede wie beispielsweise die sehr hohe Betroffenheit von Gender Pay Gap und geringeren Einkommen, die somit die überwiegende Mehrheit der Regenbogenfamilien belasten, unberücksichtigt. Daher ist die Mehrheit der Regenbogenfamilien zumindest armutsbedroht. Dass dies wenig thematisiert wird und Unterstützungsstrategien entwickelt werden, ist ein direktes Ergebnis lesbischer Unsichtbarkeit.

Von einer Abwesenheit ist zu sprechen, wenn beispielsweise auf der Leitungsebene einer LSBTTIQ*-NGO keine Lesben ein Politik gestaltendes Amt bekleiden und/oder nie eines bekleidet haben, nie als Generalist*innen für eine LSBTTIQ*-Expertise öffentlich in Erscheinung treten oder in diese Position hineingefördert werden. Lesben können innerhalb dieser Strukturen nur ein dem Gesamten untergeordnetes Feld bearbeiten und werden Spezialist*innen eines Feldes, das ohnehin marginalisiert ist. Dies wiederum qualifiziert sie nicht für eine Leitungsposition, in der eine LSBTTIQ*-Generalistin gefordert ist.

Von einer Abwesenheit ist auch zu sprechen, wenn beispielsweise auf einem Veranstaltungs-Podium zu Themenfeldern wie „LSBTTIQ* und Religion“ nur männliche Religions-Experten diskutieren oder wenn schwule Aktivisten in der Abwesenheit von Lesben über lesbische Themen sprechen.

Unter Umständen führt eine Sichtbarkeit als Lesbe*/lesbische Frau auch zu Nachteilen. Beispielsweise deuten NGO-Zahlen aus Bayern darauf hin, dass 95 % der Asylanträge, die Schwarze lesbische Frauen stellen, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zunächst abgelehnt werden. Bei schwulen Männern hingegen liegt die Ablehnungsrate bei 50 %, bei heterosexuellen Frauen bei ca. 30 %. Für Berlin sind solche Zahlen nicht bekannt. Um zumindest die Chancen auf 30 % zu erhöhen, müssen asylsuchende Frauen ihre Homosexualität und ihren tatsächlichen Fluchtgrund verschweigen. Spezielle Angebote für LSBTTIQ*-Geflüchtete werden sie daher vermutlich nicht annehmen oder diese erreichen sie erst gar nicht. Dies führt zu der Fehlannahme, es gäbe kaum lesbische Geflüchtete.

Die Herausforderung liegt darin, die Strukturengabenheit des Themas „Lesbische Sichtbarkeit“ zu erkennen. Das heißt: der Status Quo lesbischer* Sichtbarkeiten ist ein Ergebnis vielschichtiger tradierter struktureller Teilhabehürden und -ausschlüsse. Um lesbische* Sichtbarkeiten gemäß des Koalitionsvertrages zu fördern, müssen daher Maßnahmen zu einer strukturellen Veränderung entwickelt und umgesetzt werden.

Zudem ist die Zielgruppe „Lesben“ keine homogene Gruppe, die allein in der Schnittmenge der Kategorien „Frau“ und „homosexuell“ Benachteiligung im Sinne von Wertschätzung, Teilhabe, Anerkennung und Sicherheit erfährt. Lesben* sind auch von unterschiedlichen Teilhabehürden und Diskriminierungen betroffen und mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet. Daher arbeitet das Projekt Lesbisch*Sichtbar.Berlin mit einer intersektionalen Perspektive.

Wozu „lesbische* Sichtbarkeit(en)“?

Lesbische* Frauen sind mindestens die Hälfte der Homosexuellen. Dennoch bleiben sie meist unsichtbar/unbeachtet oder sind in ihrer prekären Repräsentation normativ gegenüber tatsächlicher lesbischer* Vielfalt. Das heißt, dass von einer sichtbaren Vertreterin auf eine gesamte Gruppe geschlossen wird, also ihre individuellen Eigenschaften für eine gesamte Gruppe geltend gemacht werden. Unter Umständen kann dies dazu führen, dass andere Lesben* aus Mangel an Identifikationsmöglichkeiten diese Repräsentanz ablehnen oder sich nicht zugehörig fühlen. Auch kommt Lesben* überwiegend nur eine illustrierende Funktion neben schwulen Männern zu. Diese Erfahrung führt häufig dazu, dass Lesben* den LSBTTIQ*-Verbund aus einem Mangel an Möglichkeiten zu produktivem Handeln nach zeitlich kurzem Engagement wieder verlassen. Genealogien und Wissenstransfer werden somit sehr erschwert oder sogar verunmöglicht. Diese und anderen Prekaritäten isolieren die vermutlich größte Gruppe des LSBTTIQ* und stellen zusätzliche Vulnerabilitäten her. Letztlich schwächt dies die gesamte Emanzipationsbewegung und verteilt Ressourcen ungerecht.

Sichtbarkeit ist unabdingbar für eine Subjektivierung. Ohne Subjektstatus ist es nicht möglich, die eigenen Rechte zu vertreten, an gesellschaftlichem Leben teilzunehmen und produktiv zu handeln. Sichtbarkeit ist die Grundlage für Empathie, verbindliche Solidarität und eine positive Verbindung mit der Zivilgesellschaft. Auch wenn Lesben* vielleicht aus unterschiedlichen Gründen als solche nicht oder nur bedingt sichtbar sind, ist jede eine Akteur*in in der Zivilgesellschaft.

Warum verwendet das Projekt das „Sternchen“ bei lesbisch*?

Der Begriff „Lesbe“ ist historisch bereits weiter gefasst als ein reiner Verweis auf eine gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierung unter Frauen oder Abhängigkeit von einer exklusiven Körpermaterialität oder Erfahrungsbiografie. So konnten innerhalb der Lesbenbewegung(en) Intersektionalitäten schon früh benannt, diskutiert und berücksichtigt werden. Eine Erweiterung des Begriffes mit einem Sternchen oder den Vorsilben „trans“ und „cis“ ist daher eigentlich unnötig, aber auch unter Umständen notwendig, um unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen und Privilegierungen zu thematisieren. Durch die Repräsentation einzelner Personengruppen in der sich stetig wandelnden Buchstabenkette wie LSBTTIQ* scheinen bestimmte Mehrfachzugehörigkeiten jedoch scharf voneinander getrennt oder sich gegenseitig auszuschließen. Aus klarstellenden Gründen verwendet das Projekt Lesbisch*.Sichtbar.Berlin deshalb den Gender-Star, um Mehrfachzugehörigkeiten, Abweichungen sowie unterschiedliche Haltungen gegenüber dem Begriff „Lesbe“ oder andere mehr oder weniger synonyme Selbstbezeichnungen noch deutlicher sichtbar zu machen. Dies dient auch der Herstellung von intersektionalen Sichtbarkeiten, beispielsweise hinsichtlich Beeinträchtigungen, trans Biografien, Intergeschlechtlichkeiten, Nicht-Binärgeschlechtlichkeit, von Rassismus und Antisemitismus Betroffener, ethnischer und religiöser Zugehörigkeiten, sozialen Status, Religion, Alter etc.

Lesben* kommen also nicht alle vom selben Stern, zusammen sind sie aber ein lesbisches* Universum.

Ratschläge für geförderte Maßnahmen zur Erhöhung zivilgesellschaftlicher Partizipation für lesbische* Frauen.

Kategorien

1. Alter	Seite 8
2. Wohnen	Seite 8
3. Communitybuilding	Seite 9
4. Kommunikation	Seite 9
5. Coming-out	Seite 10
6. Behinderung	Seite 10
7. Diskriminierungserfahrungen / Intersektionalitäten	Seite 11
8. Gewalterfahrungen	s. Arbeit 10 a)
9. Vernetzung	Seite 12
10. Arbeit	Seite 12
11. Familien	Seite 13
12. Gedenkkultur	Seite 14
13. Lesbisches* Leben in Berlin	Seite 14
14. Ehrenamt	Seite 15
15. Lesbische* Geflüchtete	Seite 15
16. Gesundheit	Seite 16
17. Digitalisierung	Seite 16
18. Öffentlichkeitsarbeit	Seite 17
19. Sicherheit bei LSBTTIQ*-Großveranstaltungen	Seite 17
20. Demographische Erhebung lesbischen* Lebens in Berlin	Seite 18

Zu 1. Alter

Grundsätzlich wurde festgestellt, dass unterschiedliche Generationen von Lesben* in Berlin wenige Möglichkeiten für Begegnung und Austausch finden. Dies prägt häufig Vorstellungen von einander, die durch Vorurteile und Unwissenheit geprägt sind.

Dies führt oftmals zur Bildung isolierter Communitys bis hin zu einem Mangel an Identifikation und Solidarität.

So erwähnten junge wie jüngere Lesben* häufig, sie können sich mit dem Begriff „queer“ besser identifizieren, da in ihrer Vorstellung „Lesbe“ ein Begriff sei, der eine bestimmte Haltung und Positionierung automatisch beinhalte, wie beispielsweise „weißer, cis-normativer (transfeindlicher), rassistischer/islamfeindlicher Feminismus“, von dem man sich mittels der Eigenbezeichnung „queer“ abgrenzen wolle. Ältere Lesben hingegen äußerten häufig die Bedenken, „queer“ sei eine Selbstbezeichnung, die in direkter Konkurrenz zu „lesbisch“ stünde. Sogar wurde mehrfach in Gesprächen und Veranstaltungen behauptet, „Queer“ würde „Lesben“ als Gruppe unsichtbar machen und von Teilhaben ausschließen.

Maßnahmenempfehlung:

Entwicklung eines interaktiven Begegnungsformates, beispielsweise eines generationsübergreifenden Erzählcafés. In diesem Format soll eine Top-Down-Situation vermieden werden (bspw. Ältere wollen Jüngere „erziehen“ oder Jüngere setzen Erfahrungen älterer Lesben als „überholt“ herab).

Ziel: Wissenstransfer, gegenseitiges Empowerment und Stärkung im Alltag, Verringerung von Gefühlen der Einsamkeit und Vulnerabilität, Teilnahme statt Rückzug, Communitybuilding.

Zu 2. Wohnen

Als häufig vom Gender-Pay-Gap, Alters- und Jugendarmut betroffene Gruppe sind Lesben* oftmals besonders vulnerabel für Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit. Häufig spielen auch Beziehungstrennungen eine Rolle beim Verlust der Wohnung. Durch Eigenbedarfskündigungen, Mieterhöhungen, Überschuldung, Gentrifizierung, aber auch Erkrankungen und Arbeitsunfähigkeit droht der Verlust der Wohnung. Wohnungslosigkeit und Armut sind generell und auch innerhalb der LSBTTIQ*-Communitys mit starken Tabus belegt. Über die Situation wohnungsloser Lesben* ist generell wenig bekannt. Oftmals wird diese Problematik in das Gebiet „wohnungslose/obdachlose Frauen“ verschoben. In den Beratungsgesprächen gibt es wenig Wissen um die besonderen Bedarfe von lesbischen* Hilfesuchenden. Auch in Wohnheimen werden Lesben* Opfer homophober/lesbenfeindlicher Anfeindungen und Gewalt.

Maßnahmenempfehlungen:

1. Gründung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Lesben* und Wohnungslosigkeit“ mit Expert*innen sozialer Einrichtungen.

Ziel: Informieren der Öffentlichkeit in einem unverfänglichen Format (archivierte und digitalisierte Podiumsdiskussion) über das mit Ängsten verbundene Thema, Sichtbarmachung eines vermutlich schwerwiegenden Problemfeldes, Expert*innen-Austausch, Signal an (potentiell) Betroffene und Unterstützer*innen.

2. Erstellung eines lesben*sensiblen Flyers und Plakates mit Problemschilderung und Beratungsangeboten zur Auslage bei Ämtern und NGOs.

Anmerkung: Da besonders bei Lesben* Altersarmut ein Grund für Wohnungsverlust ist / zu sein scheint, ist eine direkte Zielgruppenansprache unabdingbar. Ein Angebot, das sich im Titel an „Queere Personen“ richtet, wird nicht wahrgenommen werden, da eine direkte Ansprache fehlt und sich besonders Lesben* älterer Generationen mit diesem Begriff nicht identifizieren können. Besonders empfehlen sich Texte in leichter Sprache sowie mehrsprachige Versionen.

3. Entwicklung eines lesben*sensiblen Beratungsangebotes für NGOs, die mit von Wohnungslosigkeit betroffenen oder davon bedrohten Frauen arbeiten.

Zu 3. Communitybuilding / Räume

Ein aktives und modernes Communitybuilding findet kaum statt. Vielmehr bilden sich Gemeinschaften entlang „Spezialinteressen“, oftmals im Umfeld von Projekten oder Interessensgemeinschaften. Gleichzeitig klagen Projekte, Gruppen und Initiativen über Raummangel, um sich zu treffen, Veranstaltungen zu organisieren und Gemeinschaft herzustellen. Nicht nur beständige, sondern auch temporäre Räume sind rar. Selbst Projekte verbringen viel Zeit damit, für Veranstaltungen geeignete und bezahlbare Räume zu finden. Oft scheitern Vorhaben an Raummangel oder Terminfindungen mit ausgelasteten Räumen.

Maßnahmenempfehlung:

Entwicklung einer (online) Raumbörse oder Plattform, auf der Räume für unterschiedliche Zwecke (feste Gruppen, Veranstaltungen, Freizeitangebote, Vernetzung) mit unterschiedlichen Angeboten (Ausstattung, Barrierefreiheit, Kostentransparenz etc.) gesucht und angeboten werden können.

Ziel: mehr Begegnungsorte schaffen, Empowerment gegen zunehmende Isolation und Vereinzelung, verbesserte Kostenkalkulation für Veranstalter*innen, langfristig kalkulierbare Raumauslastungen, stärkere Vernetzung in Berlin, Ressourcen-Sharing

Zu 4. Kommunikation

Themavermittlung: Generell scheint das Thema „lesbische* Sichtbarkeit(en)“ noch stark erklärungsbedürftig. Oftmals wird es als Partikularinteresse innerhalb des LSBTTIQ* verstanden und marginalisiert. Hierbei treffen Lesben* auf Vorbehalte und Konkurrenzen, die als solche nicht artikuliert werden können, da es diese in einer LSBTTIQ*-Community offiziell nicht gibt. So stößt beispielsweise der Berliner Preis für lesbische* Sichtbarkeit auf Unverständnis. Gleichzeitig erschließt sich vielen Menschen, besonders der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft, der Sinn des Themas nicht. Dies resultiert einerseits aus dem unterschiedlichen Verständnis des Begriffes „Sichtbarkeit“ und andererseits der Kenntnis darüber, wie Lesben und Schwule sich in ihren Bedarfen, Teilhaben und Anerkennungen grundlegend unterscheiden. Es zeigen sich erste Tendenzen, dass das Thema, ohne in seinen Problematiken ansatzweise gelöst zu sein, als „Mode“ oder „Exaltiertheit“ mit neuen Themensetzungen abgewertet oder zurückgedrängt wird. Zudem ist es noch nicht zufriedenstellend gelungen, andere Gruppen des LSBTTIQ* von der Notwendigkeit der strukturellen Veränderungen, um lesbische* Sichtbarkeit(en) im Sinne der Herstellung von Anerkennung, Wertschätzung und vor allem Teilhabe, zu überzeugen.

Maßnahmenempfehlung: Verstetigende, inhaltliche Kampagne(en) zur Klärung und Entkräftung der Vorbehalte gegenüber dem Thema „lesbische* Sichtbarkeit(en)“

Ziel: Argumentationsunterstützung für NGOs, Diversity-Abteilungen, Gleichstellungsbeauftragte und Einzelpersonen, sich für das Thema und erforderliche Strukturveränderungen einzusetzen: beispielsweise eine Hilfe für Vereine, sich für die Mitgliedsgewinnung von Lesben* mehr zu engagieren.

Zu 5. Coming-out:

Grundsätzlich ist ein lesbisches* Coming-out und Finden von anderen Lesben* heute wesentlich einfacher als noch vor wenigen Jahren. Dennoch gibt es Lebensphasen, in denen ein Coming-out noch schwierig ist, selbst in einer Millionenstadt wie Berlin. Eine große Gruppe, die weniger Sichtbarkeit und Interesse erfahren, sind die sogenannten „Late Bloomer“, also Frauen*, die nach einer heterosexuellen Ehe im mittleren Alter einen Neuanfang wagen. Oftmals treffen sie auf besonders große Vorbehalte in ihrer heterosexuellen Umgebung und Familie. Nachfragen bei diversen Projekten mit Beratungsangebot haben ergeben, dass besonders diese Frauen auf der Suche nach geeigneter Beratung sind, um mit den Herausforderungen erfolgreich umzugehen. Eine weitere Gruppe stellen junge Frauen dar, die noch bei ihren Eltern leben und/oder zur Schule gehen oder gerade eine Ausbildung begonnen haben. Junge Frauen erleben ihr Coming-out generell später als junge Männer aus einer Vielzahl von Gründen, jedoch gibt es für sie durch die verhältnismäßige Unsichtbarkeit von Lesben* allgemein oder durch die als unpassend empfundene normierende Sichtbarkeit von Lesben* weniger identitätsstiftende Anknüpfungspunkte, sich aus einem heteronormativen und im negativen Fall homophoben/lesbenfeindlichen Umfeld zu lösen.

Anmerkung: Hier ist dringend im Blick zu behalten, dass gerade diese beiden Gruppen zum Zeitpunkt ihres Coming-outs nicht unbedingt in den Innenstadtbezirken wohnen und nicht unbedingt Deutsch als Muttersprache sprechen.

Maßnahmenempfehlung:

1. Erweiterung bestehender oder Neugründung von flächendeckenden Beratungsangeboten bzw. Coming-out-Gruppen für diese Zielgruppen mit direkter Zielgruppenansprache.

Ziel: Empowerment, Stressbewältigung, Lebenshilfe, Selbstermächtigung, Suizidprävention

2. Entwicklung eines Informationsflyers für diese Zielgruppen mit einer Liste sämtlicher Beratungsangebote zur Auslage bei entsprechenden Stellen, inklusive Mädchenzentren, Gleichstellungsbeauftragten, Stadtteilzentren, Kirchengemeinden etc.

Zu 6: Behinderung

Lesben mit physischen oder auch psychischen Beeinträchtigungen finden häufig nur sehr mühselig Angebote, an denen sie sich befähigt fühlen, teilnehmen zu können. Oftmals fehlt es auch an deutlichen Kennzeichnungen, welche Gegebenheiten/Bedingungen sie bei Veranstaltungen vorfinden. Dies reicht von befahrbaren Zugängen der Toiletten bis hin zu reizärmeren Ruheräumen bei Partys. Auf der einen Seite stellt sich die Frage, welche Angebote vorhanden sind, auf der anderen, wie und wo diese so kommuniziert werden, dass Lesben*, die diese Angebote benötigen, auch davon erfahren.

Ein weiteres Problem bei Veranstaltungen ist das Angebot von Gebärdendolmetschung. Da in solchen Veranstaltungen oftmals Jargon aus den queeren/feministischen/lesbischen Kontexten und Kulturen verwendet werden, sehen sich nur sehr wenige Gebärdendolmetscher*innen in der Lage, solche Veranstaltungen zu begleiten.

Grundsätzlich ist es sinnvoll, Kurse zum Erlernen von Grundkenntnissen für Gebärdensprache zu entwickeln, um auch innerhalb der L*-Communitys die Verständigung zu verbessern.

Maßnahmenempfehlung:

- 1. Erstellung eines Kalenders, einer Broschüre, einer Onlinedatenbank, die diese Informationen sammeln und aufführen. Erstellung eines Kommunikationssystems wie beispielsweise Symbole zur Kennzeichnung von Veranstaltungen.**
- 2. Umsetzungsunterstützung und -angebote an bestehende Projekte und Veranstaltungsorte, die von den L*-Communitys genutzt werden**
- 3. Entwicklung eines Kursangebotes zum Erlernen von Gebärdensprache für Lesben***
- 4. Entwicklung eines Fortbildungsmoduls für Gebärdendolmetscher*innen.**

Ziel: Verbesserte Inklusion, erweiterte Teilhabemöglichkeiten und Stärkung der unterschiedlichen Erfahrungswelten von Lesben*

Zu 7. Mehrfachdiskriminierungen / Intersektionalität

Durch (rechts)populistische, anti-akademische und antifeministische Debatten wurde deutlich, dass „Intersektionalität“ als Gesellschaft analysierendes Konzept nicht für alle in den L*-Communitys arbeitenden Projekte und Aktivist*innen verständlich und überzeugend erreichen konnte. Dies ist jedoch unabdingbar, um Maßnahmen, Kampagnen, Schwerpunktsetzungen und letztlich auch Fördermittelverteilungen in ihrer Komplexität zu verstehen. Derzeit schwimmen Begriffe wie „Queerfeminismus“, „Intersektionalität“ und „Transaktivismus“ in einem populistisch gedachten Szenario der Bedrohung von „lesbischer Sichtbarkeit“. Diese unterschiedlichen Wissensstände und Informationsunsicherheiten führen oftmals zu konfliktreichen und destruktiven Prozessen, die das Fördern von Teilhabegerechtigkeiten innerhalb der L*-Communitys empfindlich stören oder sogar in ihren Entwicklungen zurückwerfen.

Maßnahmenempfehlung:

- 1. Informierende und professionell aufklärende Veranstaltungen zu lesbischen* Intersektionalitäten.**
- 2. Erstellung einer Handreife, etwa einer Broschüre oder anderer Materialien, die „Intersektionalität“ und „Queerfeminismus“ aus einer lesbischen* Perspektive niedrigschwellig erklärt.**

Ziel: Informierteres Zusammenarbeiten innerhalb der L*-Communitys, Förderung von Solidarität und Zusammenhalt, Stärkung gegen antifeministische und rechtspopulistische Argumentationen, mehr diverse lesbische* Sichtbarkeiten

Zu 8: s. Punkt 10

Zu 9: Vernetzung

- a) Grundsätzlich ist es unter Umständen schwierig für Lesben*, die nicht innerhalb des S-Bahn-Ringes leben, also in sogenannten Randbezirken oder im „Berliner Speckgürtel“, in L*-Community-Prozesse eingebunden zu werden. Insgesamt gibt es nur sehr wenige bis gar keine Angebote wie Treffpunkte oder Veranstaltungen für Lesben* und ihre Interessen.
- b) Eine bedeutende Rolle des Communitylebens kommt der digitalen Vernetzung und Informationsgewinnung zu. Jedoch haben Lesben*Gruppen in unterschiedlichem Maße Zugang zu internettauglichen Kommunikationsmitteln. Dies führt dazu, dass beispielsweise ältere Lesben, die sich bisher aus Printmedien informiert haben, zunehmend ins Hintertreffen geraten und/oder sich von aktuellen Debatten nicht mehr angesprochen oder sogar abgelehnt fühlen. Damit einher kann eine soziale Verarmung gehen. Auch Beratungs- und Hilfeangebote erreichen sie nicht mehr, da die meisten Projekte und Veranstaltungen fast ausschließlich über die Sozialen Medien oder ihre Websites kommunizieren. Zudem kommt bei der Zielgruppe der älteren Lesben hinzu, dass viele noch in einer Gesellschaft aufgewachsen sind, die ihnen als Frauen ein grundsätzliches Verständnis von „Computern“ und „Technik“ abgesprochen hat, daher liegt die Schwelle, sich noch mit diesen Kommunikationsformen zu beschäftigen, deutlich höher.

Maßnahmenempfehlungen

1. **Entwicklung – eventuell in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten der jeweiligen Bezirke mit wenig LSBTTIQ*/lesbischer Infrastruktur – von Konzepten für Veranstaltungen mit lesbischen*/queeren Themen, Informationsverteilung und direkter, niedrigschwelliger Ansprache an lesbische* Frauen.**
2. **Entwicklung von niedrigschwelligen Kursangeboten wie beispielsweise „Soziale Medien für Lesben*“ oder „Smartphone, Tablet, Laptop – Wie funktionieren sie, was brauche ich, wie setze ich sie ein?“**

Ziel: Angebote erreichen mehr Lesben* und können daher auch besser abgefragt (?) werden. Stärkere Kommunikation der unterschiedlichen Generationen („Generation Instagram“ bis „Generation analog“) miteinander.

Zu 10: Arbeit

- a) Wie viele Homosexuelle können Lesben* sich bei vielen Arbeitgeber*innen nicht outen, ohne Benachteiligung oder Mobbing zu befürchten. Hinzu kommt eine generelle Benachteiligung und Arbeitsplatzunsicherheit von Frauen in vielen Bereichen des Arbeitslebens sowie potentielle Betroffenheit von sexualisierter Belästigung, die selten artikuliert werden kann. Oftmals äußert sich Lesbenfeindlichkeit im Gegensatz zu Schwulenfeindlichkeit in sexualisierter Ansprache oder auch Gewalt. In Verknüpfung mit einem abhängigen Lohnverhältnis ist es umso schwieriger, dieser Situation zu entkommen. Manchmal werden deswegen Arbeitsverhältnisse von den Opfern auch aufgegeben, was wiederum zu erklärungsbedürftigen Brüchen im CV führt. Die #metoo-Bewegung hat hier schon einiges an Bewusstseinsweiterung geschaffen, einen dezidiert lesbischen Aspekt gibt es jedoch nicht. Beispielsweise wenn eine Arbeitnehmerin mit einem Outing erpressbar wird oder Arbeitgeber auf die Thematisierung der Erfahrung von Lesbenfeindlichkeit am Arbeitsplatz wiederum mit lesbenfeindlichen Zuschreibungen reagieren.

- b) Auch Lesben* unterbrechen aufgrund von Mutterschaft zeitweise ihre Berufstätigkeit. Eine Wiederaufnahme der Berufstätigkeit erfolgt nicht unbedingt beim selben Arbeitgebenden. Neubewerbungen stellen immer wieder vor die Herausforderung, sich sowohl als Lesbe* und als lesbische* Mutter zu outen. Dies schafft viele Unsicherheiten auf beiden Seiten.

Maßnahmenempfehlung:

- 1. Studie zur Erhebung von Lesbenfeindlichkeit am Arbeitsplatz in Erweiterung um den Aspekt sexualisierte Gewalt. Ziel:** Grundlagen zur Entwicklung von Strategien zur Prävention
- 2. Entwicklung und Durchführung von Berufsberatung und Bewerbungstraining für Lesben* und lesbische* Mütter, die einen Wiedereinstieg ins Berufsleben planen. Ziel:** Stärkung berufstätiger Mütter, nachhaltige Armutsprävention lesbischer* Familien

Zu 11.: Familien

Lesben* leben in unterschiedlichen, nicht heteronormativen Familienkonstellationen. Alle Erfahrungen und Lebensweisen sind gleichwertig. Dies inkludiert bewusst kinderlose Lesben* mit und ohne Partner*innenschaft(en). Einige sind verheiratet, andere gewollt oder ungewollt ohne Partner*innenschaft. Gerade in Zeiten eines rechten/genderkonservativen Backlashes, der unverhohlenen Frauen daran misst, ob sie auch Mütter sind, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass Familie dort ist, wo Menschen freiwillig füreinander Verantwortung übernehmen. Zu lesbischen* Lebensnetzwerken gehören und gehörten immer auch Freund*innen („Co-Tanten“, „Co-Töchter“ – etwa wenn jüngere Lesben* verantwortlich, „töchterlich“ und nicht als Partnerinnen, Beziehungen zu älteren Lesben aufbauen etc.), die lesbische* Regenbogenfamilien unterstützen (Schulaufgabenbetreuung, Babysitting etc.) und entsprechend familiäre Bindungen eingehen. Diese familiären Unterstützungssysteme müssen gestärkt werden.

Zudem dürfen sich Sichtbarkeiten/Teilhaben in gesellschaftlicher Achtung nicht am Status Mutterschaft teilen. In einigen älteren (west-deutschen) Generationen blieben Lesben* bewusst und aus politisch-feministischer Überzeugung kinderlos. Einer Entsolidarisierung durch die Hierarchisierung lesbischer* Mutterschaft gegenüber anderen lesbischen* Lebensweisen, wie sie durch gezielt erhöhte Sichtbarkeit in der Zivilgesellschaft (durch Medien, direkte Ansprache durch Werbung von Samenbanken oder „progressiven“ Markenprodukten etc.) erzeugt wird, ist entgegenzuwirken.

Ein weiteres Problemfeld und bisher kaum beachtet ist die Situation lesbischer* Pflegefamilien. Hier wird zwar für die Übernahme eines Pflegekindes gezielt geworben, jedoch gibt es kein fundiertes Krisenmanagement, wenn lesbische* Pflegeeltern auf ein potentiell lesbenfeindliches Pflegesystem treffen, das noch immer eine „Vaterfigur“ als Voraussetzung für ein „gesundes, familiäres Umfeld“ begreift.

Maßnahmenempfehlung:

- 1. Begegnungsformate und regelmäßige Treffpunkte zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Reproduktion und Bestärkung, nicht heteronormative Familienmodelle zu leben. Ziel:** Empowerment der gesellschaftlichen Realität familiärer Vielfalten, Communitybuilding, Vernetzung, Entgegenwirken genderkonservativer/rechtspopulistischer, antifeministischer Familienpolitik.
- 2. Öffentlichkeitskampagne (Plakate) zur Sichtbarkeit unterschiedlicher Familienkonstellationen, bspw. „Wir alle sind Familie“.**

3. **Entwicklung eines Beratungsangebotes dezidiert für lesbische* Pflegefamilien mit kompetenter und rassismussensibler Rechtsberatung und Krisenkompetenz**
4. **Entwicklung eines intergenerationalen Austauschformates für lesbische* Frauen* mit und ohne direkter Mutterschaftserfahrung. Ziel ist es auch, unterschiedliche Generationen miteinander in Kontakt zu bringen, beispielweise ältere, kinderlose Lesben* und junge, lesbische* Familien und ihre Kinder,, um die Entstehung gegenseitiger Unterstützungsnetzwerke zu befördern.**

Zu 12 und 13: Gedenkkultur / Geschichtsarbeit / Lesbengeschichte in Berlin

- a) Lesben* haben die Stadtgeschichte Berlins geprägt. Dennoch wird auch bei prominenten Frauen selten erwähnt, dass sie lesbisch* lebten. Immer wieder kann durch diese Auslassung in der Biografiearbeit eine Unsichtbarkeit erzeugt werden, auf deren Grund eine Marginalisierung von Lesben* gerechtfertigt wird. Mit Straßenbenennungen, Gedenktafeln und Biografieprojekten wie dem Förderprojekt um die Journalistin Eva Siewert sind erste Schritte gemacht worden. Diese müssen weiter ausgebaut werden, um den „Stadtgeschichtekanon“ stetig zu erweitern.
- b) Bei einer Podiumsdiskussion zu lesbischem Gedenken wurde 2019 angeregt, „Gedenken“ weiter zu fassen als Geschichtsschreibung. Hinzu kam das Verständnis des Sich-Erinnerns im Sinne von Trauer nach der Bewältigung des Verlusttraumas.

Maßnahmenempfehlung:

1. **Interaktives Projekt wie eingangs erwähnt zu Eva Siewert beispielsweise zu der Schriftstellerin und Mitgründerin der „Künstlerkolonie“ in Wilmersdorf, Hertha von Gebhardt und ihrer Tochter, der jüngst verstorbenen RIAS-Radio-Journalistin und Kinderbuchautorin Renate von Gebhardt. Familie von Gebhardt besitzt bereits ein Ehrengrab auf dem Friedhof in Dahlem. Die Arbeit und das Leben beider Frauen umspannte ein ganzes Jahrhundert Berlin. Zu Hertha von Gebhardts Netzwerk gehörten u.a. der Schriftsteller Klaus Mann sowie die Bildhauerin und Schriftstellerin Christa Winsloe („Mädchen in Uniform“), deren Nachlassverwalterin sie wurde. Renate von Gebhardt prägte als Redakteurin die Kindersendung „Onkel Tobi“ bei RIAS, mit der eine ganze Generation Berliner*innen aufwuchs.**
Eine weitere Möglichkeit ist die Erstellung einer interaktiven Karte „Das lesbische Berlin der Zwanziger“ mit begleitender Ausstellung und Kulturprogramm.
Ziel: Sichtbarmachung lesbischen* Lebens und Wirkens in Berlin, hoher Identifikationswert für die Berliner Zivilbevölkerung, Verbesserung der Marke „Regenbogenhauptstadt Berlin“, Einbindung in den städtischen Kanon für LSBTTIQ*-Tourist*innen etc.
2. **Entwicklung eines Begegnungsformates für Lesben*, die eine*n (nahe*n) Angehörige*n verloren haben.** Anmerkung: Erweiterung des bisher bestehenden Angebotes auf ein inklusiveres, generationsübergreifenderes Verständnis von Trauer und dem Umgang mit Verlust. Gerade jüngere Personen, die erstmals mit dem Sterben einer nahen Person umgehen müssen, suchen nach emotionaler Unterstützung von „Gleichgesinnten, aber lebenserfahrenere“. Nicht immer können beispielsweise jüngere Personen in einem Trauerfall auf die Unterstützung ihrer biologischen, heterosexuellen Familie hoffen. Ältere Lesben* erleben nicht nur einen schmerzhaften Verlust, sondern dieser löst auch aufgrund des eigenen Alters Angst vor dem eigenen Sterben aus. Viele ältere Lesben* haben kaum noch jüngere Angehörige, mit denen sie sich austauschen können.

Ziel: Gegenseitiges Empowerment durch Teilen einer ähnlichen, lebensverändernden und eventuell traumatischen Erfahrung, gegenseitige (Über-)Lebenshilfe, Communitybuilding, Vernetzung etc.

Zu 14: Ehrenamt

Die L*- und LSBTTIQ*-Communitys werden maßgeblich – trotz Institutionalisierung und Förderungen – durch ehrenamtliches Engagement getragen. Dabei sind Ehrenamtler*innen wesentlich mehr als kostenlose und automatisch „nachwachsende“ Arbeitskräfte. Viele Projekte beklagen einen Rückgang ehrenamtlichen Engagements von Lesben*. Dabei gelten gerade Lesben* in anderen sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen und ihren NGOs als zuverlässige und engagierte Ehrenamtler*innen, um die sich aktiv bemüht wird. Ein wahrscheinlicher Grund für den Rückgang sind auch die veränderten Möglichkeiten, andere Lesben* kennenzulernen. Dies trifft jedoch nicht auf schwule Ehrenamtler zu. Dies schafft ein Missverhältnis nicht nur in den Sichtbarkeiten von Lesben*, sondern stellt auch die Fragen nach Prioritäten im eigenen zivilgesellschaftlichen Engagement und die Gründe für den Mangel. Auch ist nicht bekannt, welche Projekte und Unternehmungen einen Bedarf an Ehrenamt haben. Lesben*, die sich nicht in den Communitystrukturen auskennen, finden nur schwer die für sich passenden Ehrenamtsmöglichkeiten.

Maßnahmenempfehlung:

Entwicklung einer Ehrenamtsbörse für Lesben*, die sich für die L*- bzw. LSBTTIQ*-Community engagieren möchten. Hier können auch Projekte ihre Bedarfe anmelden. Die Ehrenamtsbörse sammelt Feedbacks von Ehrenamtler*innen und wertet diese aus.

Ziel: Lesbische* Sichtbarkeit durch aktive Mitarbeit in den Communitys fördern und verstetigen, Identifikation mit der „Regenbogenhauptstadt Berlin“ fördern, Anerkennung und Wertschätzung von Ehrenamt, Selbstermächtigung und Teilhabe an politischen Prozessen gemäß der eigenen Fähigkeiten, Stärkung der Communitys

Zu 15: Lesbische* Geflüchtete

Gerade die Situation lesbischer Frauen in den zum Teil gemischtgeschlechtlichen Notunterkünften zeigt deutlich, dass Sichtbarkeit unter Umständen gefährlich sein kann und daher eine Sichtbarkeit vor allem Sicherheit grundsätzlich voraussetzt. Lesbische* Geflüchtete sind als oftmals allein geflohene Frauen besonderer Gefährdung durch Gewalt ausgesetzt. Ein Coming-out scheint undenkbar. Es kommt vor, dass vor allem Lesben* nicht von den bestehenden Angeboten erreicht werden, da diese sich in ihrer Sichtbarkeit oftmals vorwiegend an schwule Männer und trans Frauen wenden. Auch wurde der Eindruck berichtet, dass lesbische* und schwule Geflüchtete wenig Solidarität miteinander ausgebildet haben oder eine solche jenseits der sicheren Räume für LSBTTIQ*-Geflüchtete ausbilden können, so dass Konkurrenzen entstehen. Viele lesbische* Geflüchtete fliehen zudem aus massiv patriarchalen und oppressiven Ländern. Daher ist es dringend ratsam, dass lesbische* Geflüchtete aus vertrauensbildenden Gründen von anderen lesbischen* Frauen beraten werden. Auch Angebote, die sich an geflüchtete Frauen wenden, gehen oftmals von einer grundsätzlichen Heterosexualität ihrer Klientinnen aus, oder schenken der Homosexualität ihrer Klientin und die Bedarfe, die dadurch entstehen, keine weitere Beachtung.

Maßnahmenempfehlung:

Entwicklung eines niedrigschwelligen, mehrsprachigen Angebotes dezidiert für lesbische* Geflüchtete, ausgestattet mit entsprechenden Kommunikationsmitteln und sicheren Räumen, die teilweise oder temporär Safe Spaces für Frauen sind.

Ziel: Erhöhte Erreichbarkeit auf Seiten der lesbischen* Geflüchteten. Andererseits eine erhöhte Sensibilisierung von Einrichtungen und Projekten, die Geflüchtete unterstützen, für lebensspezifische Belange und das Recht auf nicht-sexistische Räume.

Zu 16. Gesundheit

1. Laut der Studie „Die gesundheitliche Situation lesbischer Frauen in Deutschland“ von Prof. Dr. Gabriele Dennert (2004) unterscheidet sich die gesundheitliche Situation lesbischer* Frauen von der heterosexueller Frauen. Im Gesundheitswesen machen lesbische* Frauen eine Reihe von Differenzenerfahrungen. Besonders durch ein Coming-out und erlebte/befürchtete Diskriminierung ergeben sich zusätzliche psychosoziale Stressoren, die (vermutlich) ein erhöhtes Risiko von Suchterkrankungen (Alkohol, Nikotin etc.) und psychische Erkrankungen (Depressionen, Burn-out etc.) hervorbringen.

Maßnahme: Sich spezifisch und sensibel an lesbische* Frauen richtende Kampagne zu Behandlung, Vermeidung und Umgang mit Suchterkrankungen, Suizidalität und psychischen Erkrankungen mit Katalog von Beratungsangeboten sensibilisierter Expert*innen.

Ziel: Erhöhte Widerstandsressourcen, um mit Belastungen wie Diskriminierung und Differenzenerfahrungen umzugehen. Abbau von Vorbehalten gegenüber medizinischer und psychologischer Versorgung. Entlastung der versorgenden Angehörigen.

2. Nicht alle Lesben* haben abelisierte Körper. Dies führt zu einer erheblichen Einschränkung nicht nur von Mobilität, sondern auch von gesellschaftlicher Teilhabe und Sozialität. Oftmals fehlt es abelisierten Lesben* an einem Verständnis dieser Hürden, so dass bei vielen gesellschaftlichen Angeboten sich abelisierte und dis-abelisierte kaum begegnen und miteinander verbinden und gegenseitig verstärken können. Diese Sphären innerhalb der L*Communitys bleiben getrennt.

Maßnahme: Sensibilisierungskampagne (Workshops) für abelisierte Lesben*, ein Verständnis für die vielseitigen Ausschlüsse von dis-abelisierten Lesben* zu entwickeln, praktische Handlungsmöglichkeiten und auch Grenzen aufzuzeigen und Ängste/Unsicherheiten abzubauen.

Ziel: Stärkung der Solidarität von Lesben* mit und ohne Be-Hinderungen, Abbau von Isolation dis-abelisierter Lesben*, Wissenstransfer.

Zu 17.: Digitalisierung

Besonders die COVID-19-Pandemie hat das prekäre Niveau, der Digitalisierung in den L*-Communitys, sowohl auf institutioneller Ebene als auch individuell, sichtbar gemacht. Vor allem ältere und ärmere Lesben* besitzen keine ausreichende Hardware-Ausstattung und somit keine Anwender*innenkenntnisse für moderne, digitale Kommunikationsmöglichkeiten. Sollte entsprechende Hardware vorhanden sein, fehlt das Wissen um die Bedienbarkeit. Während der Pandemie war es vielen dieser älteren und ärmeren Lesben ohne entsprechende Ausstattung kaum möglich, die Verbindung zu Freund*innen und Community zu halten und sich zeitnah über aktuelle Ereignisse und auch Communityangebote wie Nachbarschaftshilfen, Beratungen und Krisentelefone zu informieren. Nachfragen bei den betroffenen Lesben* haben ergeben, dass Teilnahmen an gemischtgeschlechtlichen Angeboten nicht infrage kämen, da es keine Bereit-

schaft gibt, sich mit dem Vorurteil „Frauen und Technik“ sowie „Smartphone und Soziale Medien sind nur für junge Menschen“ zu konfrontieren. Stattdessen wird ein sich gegenseitig unterstützendes und wertschätzendes Lernen gewünscht.

Maßnahmenempfehlung:

Niedrigschwellige und kostengünstige Workshopangebote für oben genannte Zielgruppe in Hardwarebedienung, digitale Kommunikationsmöglichkeiten, neue Kommunikationstechnologien. Zudem Lernen von Zuhause aus in „digitalen Tandems“.

Ziel: Einbindung älterer und ärmerer Lesben* in moderne Kommunikationswege, Beteiligungsmöglichkeiten an Debatten? und digitalen Angeboten für Lesben*, Vernetzung, Verflachung des Digital Gap.

Zu 18.: Öffentlichkeitsarbeit

Durch die schnell fortschreitende Digitalisierung und Entwicklung immer neuer Formate und Präsentationen, fällt es besonders älteren professionalisiert arbeitenden Aktivist*innen zunehmend schwer, die eigenen Vorhaben, Veranstaltungen und Ereignisse zu veröffentlichen. Besonders um eine große Öffentlichkeit außerhalb der queeren Medien zu erreichen, fehlt es oft an Know-How und an Verständnis der Arbeitsweise „großer“ Medien. Auch hier entsteht eine mangelnde Sichtbarkeit lesbischen* Lebens, da die Nachrichten die „Sender“ nicht erreichen.

Maßnahmenempfehlung:

Professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für lesbische* NGOs von der Pressemitteilung zur Erstellung eines aktuellen Presseverteilers, eines Blogs und dem Bedienen Sozialer Medien bis zum Interview vor laufender Kamera: „Wie bringe ich mein Thema in die Medien“?

Ziel: Verbesserte und weitreichendere Außenkommunikation des eigenen Angebotes. Zusätzliches Klientel kann erreicht werden. Stärkere Wahrnehmung lesbischer* Expertise in unterschiedlichen Themenfeldern, in Communitys, Politik und Gesellschaft.

Zu 19.: Sichtbarkeit und Sicherheit bei LSBTTIQ*-Großveranstaltungen

Die großen Berliner Community-Events wie Straßenfest, CSD, Parkfest, Wintermarkt und andere erhalten zunehmend Volksfestcharakter. So groß der Erfolg ist, dass zunehmend mehr der Mehrheitsgesellschaft angehörige Personen diese Feste und Paraden besuchen, so sehr steigt auch die Gefahr sexualisierter Übergriffe gegen Lesben*. Dies haben immer wieder und kontinuierlich Berichte von CSDs und vom Straßenfest bewiesen. Auch wenn die Großevents Ausdruck von Akzeptanz und Verbundenheit in Berlin sind, ist nicht von der Hand zu weisen, dass noch immer lesbischen* Frauen abgesprochen wird, ein sexuelles Selbstbestimmungsrecht zu haben. Gerade an Orten, bei denen es einen Alkoholausschank gibt, steigt die Gefahr von Übergriffen. Hierzu gibt es bisher weder gezielte Schutzstrategien, noch erprobte Handlungen oder Schutzorte.

Maßnahmenempfehlung:

Entwicklung eines Schutzkonzeptes für Opfer sexualisierter Übergriffe (blickdichtes Zelt, opfersensible Betreuung, Polizeibegleitung etc.) mit zugehöriger Kampagne (Flyer, Anlaufstellen, Face-to-Face-Bekanntmachung)

Ziel: Mehr Lesben* können an diesen Veranstaltungen teilnehmen und wissen, an wen sie sich in einer Gefahrensituation wenden können.